

Otto Bastian

**Die Evangelisch-  
freikirchliche Gemeinde  
in der Zeit des  
Nationalsozialismus**

**bruederbewegung<sup>de</sup>**

Textgrundlage: Fotokopie des Originaltyposkripts im Dokumentationszentrum »Geschichte der Brüderbewegung«, Missionshaus Bibelschule Wiedenest.

Der Abdruck folgt der Vorlage zeichengetreu mit folgenden Ausnahmen:

- Offensichtliche Versehen in der Getrennt- und Zusammenschreibung (z. B. heißes, dürfenwir; ha t, Ern euerung; Hal-tung, so-gar) wurden stillschweigend korrigiert.
- Die Zahl der Auslassungspunkte wurde auf drei vereinheitlicht.

Unterstreichung und Sperrdruck der Vorlage sind durch Kursivdruck wiedergegeben, die Seitenzahlen des Originals sind in eckigen Klammern und kleinerer, roter Schrift eingefügt.

© dieser Ausgabe: 2008 bruederbewegung.de  
Texterfassung und Satz: Michael Schneider  
Veröffentlicht im Internet unter  
<http://www.bruederbewegung.de/pdf/bastiangemeinde.pdf>

**bruederbewegung**<sup>de</sup>

[1]

## Die Evangelisch-freikirchliche Gemeinde in der Zeit des Nationalsozialismus

Unsere innere Haltung zum Nationalsozialismus

Unser praktisches Verhalten in der Zeit seiner Herrschaft und wie es dazu kam

Das alles kann ich nur beschreiben aus meinem persönlichen Erleben heraus, einmal, weil dieses Geschehen in unser aller Leben tief eingegriffen hat, zum anderen, weil wir damals, als das Verbot des Staatssicherheitsdienstes am 28. April 1937 die Christliche Versammlung traf, alle gezwungen waren, uns mit der Ideologie des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen und dazu Stellung zu nehmen.

Hinzu kam, daß ich persönlich Verantwortung übernehmen mußte, um wieder einen neuen Anfang in Schwelm zu machen, als uns die Vereinbarungen, die Dr. Hans Becker mit dem Staatssicherheitsdienst getroffen hatte, wieder ein Zusammenkommen ermöglichten.

*Zunächst einiges zu den Gründen, die zum Verbot führten:*

Der Hauptgrund war wohl der, daß die Christliche Versammlung in der Anonymität lebte. Aus unserer Überzeugung vom Wort Gottes her, wie wir sie damals hatten, lehnte die »Christliche Versammlung«, wie sie allgemein genannt wurde, jede Organisation und auch jede Bezeichnung, also einen Namen für sich, grundsätzlich ab. Von außen nannte man uns nach John Nelson Darby, der auf die Lehre, die für die Brüder maßgebend war, großen Einfluß ausgeübt hat, »Darbysten«, oder in Schwelm eben »die Versammlung.«.

Die NS-Regierung, die die Bürger des Staates in ihrem gesamten Leben unter Kontrolle haben und auch Einfluß darauf nehmen wollte, legte Wert darauf, daß alle gesellschaftlichen Zusammenschlüsse organisatorisch durchsichtig waren. Deshalb ging es ihr darum, in allen Vereinen und religiösen Gruppen jemanden an der Spitze zu wissen, den sie verantwortlich machen konnte.

Der zweite Grund war vermutlich die Abstinenz der Brüder in den Fragen der Politik. Ein großer Teil derer, die sich zur Versammlung gehörig ansahen, nahm grundsätzlich nicht an den Wahlen teil. In diesem Zusammenhang wurde schon einmal, vielleicht etwas scherzhaft, aus einem damals häufig gesungenen Lied aus den »Geistlichen Liedern« angeführt:

»Diese Welt ist eine Wüste, wo ich nichts zu wählen wüßte.«

Diese zwei Zeilen deuten auch schon die Weltfremdheit an, daß man ebenfalls die Teilnahme am kulturellen Leben weitgehend ablehnte. Man schloß sich »weltlichen« Vereinen grundsätzlich nicht an, nahm kaum an Konzerten teil und besuchte noch weniger Kino oder Theater. Das war uns Kindern von unseren Eltern her ausdrücklich untersagt.

[2] *Unsere Reaktion auf das Verbot*

Das Verbot der Christlichen Versammlung kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel über uns. Wir waren uns keiner Schuld bewußt; denn politisch betrachteten wir uns als gute Staatsbürger, die zwar nicht direkt am politischen Leben teilnahmen, aber sich nach den

Richtlinien des Wortes Gottes positiv zu jeder Regierung einstellten. Wir hielten uns an das Wort Jesu:

»Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist,«

und an die Anweisung des Apostels Paulus

im 13. Kapitel des Römer-Briefes, Verse 1–7

und des Apostels Petrus

in seinem 1. Brief, Kapitel 2, Verse 13–17.

Heute kann ich noch nachempfinden, wie jeder einzelne von uns erschüttert war. Man kam sich in diesem Staat mit der Härte und Konsequenz, mit der er allen Andersdenkenden gegenüber auftrat, nunmehr heimatlos und hilflos ausgeliefert vor. Schnell holten wir noch unsere Bibeln und Liederbücher aus dem Saal, bevor er von der Polizei für uns unzugänglich gemacht wurde, damit wir diese auf jeden Fall sicher hatten.

Es stellte sich nämlich bald heraus, daß das Gerücht, bei dem Verbot der Christlichen Versammlung handele es sich um eine Verwechslung, eigentlich sollte ein kleiner Kreis in Ostdeutschland verboten werden, nicht den Tatsachen entsprach. Wie ernst es der Gestapo (Geheime Staatspolizei) mit dem Verbot war, zeigte sich, als der »Stündchenkreis« um Dr. Hans Becker, der sich wegen seiner abweichenden Haltung als nicht betroffen ansah, in den ersten Tagen des Mai 1937 trotz des Verbots seine sechste Freizeit in Hohengrete durchführen wollte.

Diese Stündchen-Freizeiten hatten 1932 in Emdenau bei Gellershausen begonnen, fanden auch 1933 dort statt und wurden dann zur Hohengrete bei Au a. d. Sieg verlegt. Ihr Anliegen war, in Ruhe bestimmte neutestamentliche Briefe gründlich zu erforschen. Sie wollten in Bezug auf die tradierten Schriftauslegungen der Brüder nach Apg. 17,11 handeln, wo es heißt:

»Die Juden in Beröa aber waren edler als die in Thessalonich; sie nahmen mit Bereitwilligkeit das Wort auf und untersuchten täglich die Schriften, ob sich dies so verhielte.«

Sie wollten die Schrift selbst befragen, indem sie das Wort gründlich und möglichst vorurteilslos erforschten. Man begann in Emdenau mit dem Galaterbrief. Dabei kamen sie in manchen Fragen wie z. B. in Bezug auf die exclusive Haltung zu anderen Ergebnissen.

Nachher nahmen auch ältere Brüder wie Ernst Berning und Otto Berning sen. daran teil, um sich von der schriftgemäßen Art der Betrachtung zu überzeugen. Wilhelm Brockhaus, Hugo Hartnack und August Spade kamen so häufig zu den Treffen, daß man sie bald als mit dazugehörig ansehen konnte.

Montag war der Anreisetag. Am Abend schon traf das Verbot der Gestapo für diese Freizeit ein, und die strikte Anordnung, daß das Haus am Dienstag um 10 Uhr geräumt sein müsse.

Es tat uns in dieser Situation wohl, daß Pfarrer Wilhelm Becker, dem wir durch seine »Männerabende« im Vereinshaus mit Vorträgen [3] und Diskussionen über bestimmte Themen nähergekommen waren, – auf ihn geht wohl die Gründung der »Evangelischen Akademie« in Ortlohn zurück, deren erster Leiter er wurde – uns in brüderlicher Liebe spontan anbot, nach ihrem Sonntagsgottesdienst unsere Versammlungen in der Christuskirche abzuhalten.

Ich persönlich habe die Zwischenzeit bis zur neuen Möglichkeit, uns in unserem Saal wieder zu versammeln [sic], dazu benutzt, mit meiner Frau die Gottesdienste in verschie-

denen Kirchen Wuppertals zu besuchen. Pfarrer Kuhlmann, der der Versammlung in Barmen-Heckinghausen wohlgesinnt war, hörten wir im Krautsaal. Außerdem gingen wir zu den Predigten von Pfarrer Klugkist-Hesse, Dr. Hesse und Karl Barth. Ich muß zugeben, daß ich damals ein gewisses Gefühl der Erleichterung hatte, in der Hoffnung, mich mit weniger persönlichem Engagement ganz neu orientieren zu können. Anderen ging es ähnlich.

Inzwischen hatte man auch schon eine Ahnung davon bekommen, daß sich der von Hitler in seinem Buch »Mein Kampf« bezeugte *Antisemitismus* in der Nazi-Bewegung mehr und mehr durchsetzte. Ein Jahr später, am 9. November 1938, wurde es dann für alle sichtbar, daß man gegen das Judentum militant vorging, aber erst die späteren Jahre brachten auch in der Öffentlichkeit da und dort Anzeichen dafür, daß Hitler die Ausmerzung des Judentums, ja die Vernichtung dieser Menschen beschlossen hatte und nach und nach zur Ausführung dieses Beschlusses schritt.

Gerade das stand ja unserer Auffassung vom Wort Gottes diametral entgegen.

Allerdings waren besonders junge Menschen von der nach und nach aufkommenden kritischen Haltung den Juden gegenüber nicht unberührt geblieben. Wir erkannten wohl ihre besondere Stellung im deutschen Volk; und in anderen europäischen Ländern schien es auffallend, daß sie vielfach einflußreiche Stellungen bekleideten und auch entsprechende Berufe hatten. Banken wurden von Juden gegründet und geleitet. Es gab verhältnismäßig viele jüdische Rechtsanwälte, Ärzte, Kaufleute und Politiker. Rathenau z. B. stand sehr im Blickpunkt, sowohl von der Wirtschaft als auch von der Politik her gesehen. Gerade auch unter den kommunistischen Politikern gab es Juden, die hervortraten, z. B. Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht u. a.. So leuchtete es auch uns ein, daß eine gewisse Begrenzung des Einflusses von Juden vielleicht nötig sein könnte.

Aus der Schrift jedoch, sowohl des AT als auch des NT, entnehmen wir, daß nach den Worten Jesu das Heil Gottes für die Menschen »aus den Juden« kommen mußte.

Israel ist das auserwählte Volk Gottes, das seit Abraham die Verheißungen Gottes hat, und gerade die Brüder waren der Auffassung, daß diese Verheißungen durch das Kommen des Sohnes Gottes, Jesus Christus, auf diese Erde und seinen durch die Juden veranlaßten Tod am Kreuz *nicht* aufgehoben wurde, sondern daß Gott zu seinen Verheißungen steht, daß er dieses Volk, das in [4] alle Welt zerstreut ist, nach seiner Zusage am Ende der Zeiten wieder sammeln und es in einem »tausendjährigen Reich«, über das er selbst die Herrschaft übernimmt, vereinen wird.

Judenhaß war uns schon durch das Wort 1. Joh. 3, Vers 15 versagt, in dem es heißt:

»Jeder, der seinen Bruder haßt, ist ein Menschenmörder, und ihr wißt, daß kein Menschenmörder ewiges Leben bleibend in sich hat.«

Dieses Wort hielt ich dem Ortsgruppenleiter in Schwelm, mit dem ich als Arbeitskollege von der Firma Gustav Rafflenbeul her bekannt war, entgegen, als er mich für die NS-Partei als Mitglied werben wollte. Damals sagte ich ihm außerdem, daß ich der NS-Bewegung keine Chance geben könne, weil sie auf einen Idealismus vertraue, der an der grundsätzlich egoistischen und sündigen Art des Menschen scheitern müsse. Nach meiner Ansicht würde der Schwung dieses Idealismus höchstens 15 Jahre andauern und damit die Bewegung nur diese kurze Zeit Bestand haben. Nach der Machtergreifung im Jahre 1933 wurden es in Wirklichkeit ja nur 12 Jahre.

*Was waren nun die Bedingungen, unter denen uns die Möglichkeit eines neuen Zusammenkommens gegeben wurde?*

Dr. Hans Becker war von Beruf Jurist und an hervorragender Stelle in der Großindustrie tätig. Als Soldat rückte er auf bis zum höheren Fliegeroffizier. Es gelang ihm, durch einen Parteigenossen mit dem sogenannten Blutorden, namens Otto Ansorge, der also 1923 an dem Marsch zur Feldherrnhalle in München teilgenommen hatte, Verbindung mit dem Staatssicherheitsdienst aufzunehmen. Dort bekam er mit bestimmten Auflagen die Erlaubnis zu dem Aufbau einer Organisation, innerhalb derer Zusammenkünfte wieder erlaubt sein sollten.

*Die Auflagen der Regierung*

Zunächst ging es um eine durchsichtige Organisation. Es mußte ein Reichsbeauftragter, der später Bundesbeauftragter genannt wurde, bestellt werden, – das wurde dann Hans Becker selbst – und Ortsbeauftragte, welche die Verantwortung in den einzelnen örtlichen Versammlungen oder Gemeinden übernahmen. Die Organisation wurde »*Bund freikirchlicher Christen*« genannt. Von Seiten der Regierung wurde *außer der Organisation* eine *Benennung* und eine *staatsbejahende* und *weltoffene Haltung* verlangt.

*Was fügte Dr. Hans Becker hinzu?*

Hans Becker fühlte sich in seinem Gewissen verpflichtet, eine *dritte Auflage* zu machen. Er verlangte eine *Wende um 180° in Bezug auf die Exklusivität der Versammlung*. Man hatte sich nicht nur der Welt, also dem öffentlichen Leben gegenüber, reserviert verhalten, sondern sich auch gläubigen Christen gegenüber, die in bestimmten Fragen anderer Auffassung waren und innerhalb einer Organisation ihr Gemeindeleben führten, konsequent abgeschlossen. Diese exklusive Haltung verbot jede Gemeinschaft mit solchen gläubigen Gemeindekreisen, vor allem auch beim Abendmahl, »am Tisch des Herrn«. Das sollte nun grundsätzlich anders werden.

[5] Dr. Hans Becker und die Brüder um ihn (Stündchenbewegung) erkannten nämlich die Hand Gottes in dem Verbot, und zwar waren sie der Ansicht, daß das Verbot uns wegen dieser Sünde der Exklusivität getroffen habe, die ja dem Gebot der Liebe, das der Herr Jesus seinen Jüngern gerade vor seinem Hingang nach Golgatha nach Joh. 13, Verse 34–35, gegeben hatte, entgegenstand. Der Segen Gottes zu dem Neuanfang konnte deshalb für ihn nur möglich sein, wenn man wegen dieser früheren Haltung Buße tun und den neuen Weg der Öffnung allen Kindern Gottes gegenüber bewußt gehen würde.

*Wie haben nun die Christlichen Versammlungen auf diese neue Möglichkeit des Zusammenkommens reagiert?*

Die Forderung nach Staatsbejahung hat keine größeren Schwierigkeiten bereitet. Man war ja staatsbejahend nach der Schrift, wenn auch nicht im Sinne des Nationalsozialismus (NS). Mancher war auch in seinem Herzen weitgehend mit dem NS gegangen. Viele waren von Hitler fasziniert, der seine Ideen ja gut vortragen konnte und die soziale Frage, die in besonderer Weise seit dem vorigen Jahrhundert schon gestellt war, lösen wollte, und zwar auf eine neue Weise, nämlich auf der Basis einer nationalen Volksgemeinschaft. Damit appellierte er an das nationale Gefühl, das im deutschen Volk weitgehend verankert war, nicht zuletzt auch bei den Brüdern und Schwestern der Christlichen Versammlung.

Ich persönlich entsinne mich, mit welcher Begeisterung wir früher am 27. Januar Kaisers Geburtstag gefeiert haben, und dann auch den 2. September als den Gedenktag an die Schlacht von Sedan, die im Kriege 1870/71 gegen Frankreich entscheidend war. 1913 war der Tag des 25jährigen Regierungsjubiläums von Kaiser Wilhelm II. Da gab es in der

Schule eine große Feier und einen Festzug durch die Stadt. Ich war damals in der Sexta und marschierte mit meiner Schülmütze stolz mit. Am Nachmittag feierten wir in Ernst Bernings Garten in der Jägerstraße, (heute Max-Klein-/Windmühlenstraße). In meiner Erinnerung war das ein glanzvoller Tag.

Bei Beginn des I. Weltkrieges 1914 waren wir Kinder hell begeistert. Wir bestaunten die endlosen Gütereisenbahnzüge mit Soldaten und Waffen. Einer nach dem anderen rollte an uns vorbei, wir konnten gar nicht genug davon bekommen.

Das alles war ja nun unterschwellig da. Ich weiß, daß wir nach Beendigung des Krieges, als die Revolution ausbrach, noch immer national dachten und als Kinder auf dem Spielplatz Neumarkt 28 unsere Umzüge mit schwarz-weiß-roten Schärpen machten. An diese Grundstimmung in großen Teilen des Volkes konnte Hitler mit seinem NS anknüpfen.

Nach dem Börsenkrach von 1929 verstärkte sich auch in unserem Land die Arbeitslosigkeit. *Bis zu 7 Millionen Arbeitslose* gab es, das brachte viele in Not. Damals wurde in Schwelm eine Kinderspeisung eingerichtet, an der sich auch die Versammlung beteiligte. Sie versorgte, soviel ich weiß, 100 Kinder am Mittagstisch. Besonders meine Tanten Alice Berning und Klara Berning hatten regelmäßig bis zu 40 Kinder am Mittagstisch.

[6] Persönlich hatte ich den Nationalsozialismus in seinen Anfängen dadurch näher kennengelernt, daß ich 1924 in München studierte. Vorläufer des NS war die Völkische Bewegung. Mein Vetter Ernst Berning jun., ein intelligenter junger Mann, der sehr asthmakrank war und viel Zeit hatte, zu Hause über Probleme nachzudenken, war als Sohn reicher Eltern, die der Versammlung angehörten, erstaunlicherweise zunächst Edelkommunist. Dann wandte er sich aber der Völkischen Bewegung zu. Das färbte schließlich auch etwas auf mich ab, weil ich ihn, wenn die schweren Asthmaanfalle bei ihm kamen, durch Besuche ablenken und ihm etwas helfen mußte.

Hinzu kam, daß ich in meiner Lehrzeit nach dem Abitur bei der Firma Gustav Rafflenbeul eng mit Fritz Siepman zusammenarbeitete. Dieser war als Idealist begeistert von der Wanderbewegung. Das sprach mich auch an, denn schon mit 18 Jahren machte ich mit meinen Brüdern Karl und Oskar und meinen Vettern Walter, Otto und Rudolf Berning eine Sauerlandwanderung von 170 km von Schwelm auf der Hauptwanderstrecke des SGV bis nach Emdenau in Waldeck. Es war unser Stolz, das in 5½ Tagen nur zu Fuß zu schaffen und dabei keinen Schritt zu fahren. – Eine zweite Wanderung auf einer anderen Wanderstrecke im Sauerland folgte im Jahr darauf in der gleichen Zusammensetzung. Mein Bruder Karl war inzwischen im Alter von 21 Jahren an den Folgen einer Angina verstorben; so wanderte diesmal mein Bruder Wilhelm mit, der sich im vorigen Jahr bei einem Luftsprung, den er in der Vorfreude machte, sein Fußgelenk gebrochen hatte.

Fritz Siepman kam schließlich über die Wanderbewegung mit Studienrat Dr. Helling zusammen, der ebenfalls als Idealist in der Wanderbewegung war, dann aber eine andere Richtung nahm hin zum Kommunismus, dem er sich dann schließlich ganz verschrieb. Er wurde über Schwelm hinaus bekannt, so daß man sogar im Ausland von einem »Schwelmer Kreis« sprach.

Dr. Helling zeigte sich im Gymnasium sehr fortschrittlich. Er wurde dort nach dem I. Weltkrieg Direktor und hat dann sehr früh auch die Wahlmöglichkeit in bestimmten Fächern eingeführt und den Werksunterricht. Später entwickelte sich daraus das differenzierte Schulsystem, über dessen Vor- und Nachteile heute heftig diskutiert wird.

Fritz Siepman machte diese Wendung zum Kommunismus allerdings nicht mit, sondern wurde stattdessen von dem aufkommenden Nationalsozialismus sehr beeindruckt und dann in die NS-Bewegung hineingezogen, so daß er schließlich der 1. Ortsgruppenleiter in Schwelm wurde. Er blieb aber ein wirklicher Idealist und mir befreundet.

Vor dem Beginn des NS war die Jugend schon national angesprochen worden z. B. durch den »Jungdeutschen Orden« und den »Stahlhelm«. Andere junge Menschen standen, soweit sie nicht links orientiert waren, auch dem Kapp-Putsch positiv gegenüber, bei dem die »Brigade Erhard« kämpfend mit eingriff. Damals entwickelten sich hier in der Nähe in Essen ebenfalls Kämpfe am Wasserturm, wobei sich Schwelmer Kommunisten engagierten. Einer davon wohnte in unserem Haus.

Mein Studium in München brachte mich in nähere Beziehung zum NS, der beim Marsch zur Feldherrnhalle am 9. 11. 1923 einen Rückschlag erlitten hatte. Hitler war in Landsberg in Haft. Seine Mitstreiter wirkten aber eifrig weiter und veranstalteten immer wieder politische Versammlungen, besonders im Bürgerbräusaal, denen ich mit Komilitonen [sic] auch wiederholt beiwohnte.

[7] Damals hörte ich Ludendorff, der für die »Völkische Bewegung« warb. Es war beeindruckend für mich, daß sich dieser Mann mit dem kantigen Kopf, der im Weltkrieg als Heerführer eine große Rolle gespielt hatte, so herablassen mußte, daß er in einem kleinen Schulraum nun zu einigen wenigen Leuten sprach.

Als Hitler 1933 an die Macht kam, knüpfte er an die Tradition von Potsdam an. Seine Inthronisierung als Reichskanzler am 30. Januar 1933 wurde zu einem nationalen Ereignis hochgespielt. Wir gingen soweit mit, daß wir uns heimlich einen Radioapparat anschafften, – (Vater durfte das nicht wissen) – um den Tag von Potsdam am Radio miterleben zu können. Ohne zu wissen, daß es unser Apparat war, hörte mein Vater schließlich auch noch zu. Man konnte sich der allgemein aufkommenden nationalen Stimmung einfach nicht entziehen.

Hitler hatte das Rezept zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Er brachte die Jugend von der Straße dadurch, daß er den *Arbeitsdienst* einrichtete, die *Reichswehr* aufbaute und schließlich das *Pflichtjahr für Mädchen* in Landwirtschaft und Haushalt einführte. Den Arbeitslosen gab er wieder Arbeit und Verdienst dadurch, daß er den *Bau der Autobahnen* in Angriff nahm, den *Westwall* bauen und schließlich überall *Wehrmachtsbauten* erstellen ließ.

All das geschah auf dem *Hintergrund der kommunistischen Gefahr*, die doch schon ziemlich bedrohlich geworden war. Ich entsinne mich an die Umzüge der Kommunisten in unserer Stadt mit ihrer roten Fahne und wie sie dann sangen:

Der Rosa Luxemburg haben wir es geschworen,  
dem Karel [sic] Liebknecht geben wir die Hand!

Das alles war so bedrängend, daß man schließlich eine Revolution befürchtete, wie in Rußland. Hitler [sic] bildete mit seiner SA (Sturm-Abteilung) dazu das Gegengewicht.

In einem Brief von meiner Mutter vom 24. 8. 1931 an meinen Vater heißt es: »Gestern nachmittag waren eine Anzahl Nazis auf dem Neumarkt, dort wurde eine neue Fahne eingeweiht; es war doch ein anderes Bild wie die Kommunisten. Da wurde man an frühere Zeiten erinnert. Anna, die bei uns war, putzte sich die Tränen ab und sagte auch, das ist doch etwas anderes.« Diese nationale Welle war später so stark, daß man Hitler sogar auch in der Versammlung wählte.

Es ging dann das Gerücht um, daß Hitler das Neue Testament auf seinem Nachttisch liegen hätte, und es wurde vom positiven Christentum gesprochen und dabei zunächst im Dunkeln gehalten, was Hitler eigentlich damit meinte. Nachher kam es heraus, daß es für ihn das vom Judentum gereinigte Christentum war.

Nacheinander überraschten die Welt dann die politischen Coups von Hitler, die dem Nationalgefühl der Deutschen entgegenkamen: Die Befreiung des Saarlandes – auch beim [sic] Einmarsch in Österreich konnte man noch mitgehen, dahinter stand der Gedanke des



Großdeutschen Reiches. Schwieriger wurde es schon beim Einmarsch ins Sudetenland und bei der Errichtung des Protektorates in der Tschechoslowakei.

Nach dem allen lag es damals nicht so fern, den Hitler-Staat zu bejahren.

[8] Allerdings muß ich sagen, daß es mir unter dem Einfluß des *Kampfes der Bekennenden Kirche*, der damals schon im Gange war, sehr wichtig war, den Eingriff des Staates in das Leben der Versammlung, der Gemeinde, möglichst auszuschließen.

Es wurden verschiedene Schriften verfaßt und an die Geschwister der früheren Christlichen Versammlung verteilt, die nähere Aufklärung über den »*Bund freikirchlicher Christen*« (BfC) geben sollten. Zunächst war es ein Bericht über die »Elberfelder Zusammenkunft vom 30. Mai 1937 (kurze Zusammenfassung der Ausführungen von Dr. Hans Becker)«. Außer ihm unterzeichneten ihn die Mitglieder des Brüderrates: Ernst Brockhaus, Wilhelm Brockhaus, Walter Engels, Hugo Hartnack, Fritz v. Kietzell, Karl Koch, Dr. Fr. Richter, Joh. Tapper, Walter Vogelbusch).

Am 25. Juni 1937 folgte eine Mitteilung an die Ortsbeauftragten, die über deren Aufgaben und Pflichten unterrichtete, vor allem darüber, wer zum BfC zugelassen werden durfte. Außerdem enthielt sie für den Neuanfang Anweisungen für die verschiedenartigen Zusammenkünfte.

Die erfreuliche Nachricht über die Wiedervereinigung der sogenannten »Elberfelder Brüder« und der »Offenen Brüder«, also organisatorisch gesehen des »Bundes freikirchlicher Christen« und der »Kirchenfreien christlichen Gemeinde«, wurde von Kassel aus am 20. August 1937 den Gemeinden in einem Rundschreiben bekanntgegeben, das die Brüder

Dr. Becker, Ernst Brockhaus, Hugo Hartnack, Dr. Richter, Walter Vogelbusch und Christian Scholz [= Schatz], Frhr. von Schleinitz, H. Neumann, Ernst Lange

unterzeichneten.

Beunruhigende Gerüchte über den BfC veranlaßten eine umfangreiche Aufklärungsschrift von Dr. Becker mit dem Datum vom 25. September 1937 und dem Titel:

»Die Wahrheit über den Bund freikirchlicher Christen«,

die auf alle in der Öffentlichkeit kursierenden Einwände gegen den BfC einging. Sie enthält einen ausführlichen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung der Christlichen Versammlung, die schließlich zum Verbot führte, ferner Aufklärung über die Organisationsfrage, wie sie nach der Heiligen Schrift zu beurteilen ist, und über die verlangten Voraussetzungen für den Eintritt in den BfC.

Man begann dann auch mit der Formulierung der Satzung des BfC. Nachher nannte man sie Bundesverfassung.

Ich bekam den ersten Entwurf in die Hand und habe mich als einer, der durch die »Stündchenbewegung« engeren Kontakt mit Dr. Hans Becker hatte, eingeschaltet und in einer Korrespondenz, die ich leider heute nicht mehr vorfinde, mit ihm darum gerungen, daß nichts in diese Satzung hineinkäme, das dem Staat die Möglichkeit geben würde, in das innere Leben der Gemeinde hineinzuwirken.

Bevor ich meine Entscheidung darüber, wie ich mich zum BfC einstellen sollte, fällte, sprach ich mit Pfarrer Wilhelm Becker hier in Schwelm, der selbst zur Bekennenden Kirche gehörte. – Er wird in dem Buch von Schlingensiepen, das den Kirchenkampf schildert, als Helfer für die Barmer Pfarrer in diesem Kampf wiederholt erwähnt.

[9] Ihn fragte ich nach seiner persönlichen Meinung und sagte zu ihm: »Herr Pfarrer, wenn Sie als einer, der in der Bekenntniskirche steht, eine solche Satzung vorgelegt bekämen, würden Sie das, was der Staat darin fordert, akzeptieren können?« Diese Frage

beantwortete er mit einem uneingeschränkten JA. – Nach dieser Unterredung traf ich dann meine positive Entscheidung für den BfC.

Den größten Anstoß gaben also nicht die Forderungen des Staates, (über Lebensbejahung wurde gar nicht mehr gesprochen), sondern die Auflage, die Hans Becker machte. Er verlangte ja eine *Wendung um 180° in der exklusiven Haltung der Christlichen Versammlung*. Mir bereitete diese Forderung keine Schwierigkeiten, sie war im Gegenteil eine Selbstverständlichkeit für mich und andere Brüder, die wir hier in unserem Schwelmer Stündchenkreis schon zu einer offeneren Haltung gekommen waren und mit unseren Eltern darum kämpften, und dann in der überörtlichen Stündchenbewegung, die Hans Becker begonnen hatte, in der offenen Haltung noch bestärkt wurden.

Viele Geschwister – auch in Schwelm, konnten aber nicht mitgehen. Die Führung in dem ablehnenden Kreis lag sehr bald bei Familie Timmerbeil. Daß auch *Erich Timmerbeil* bei der exklusiven Haltung bleiben würde, hatte sich schon vorher angekündigt, als wir mit Bruder *Franz Kaupp*, diesem begabten theologischen Autodidakten, über die Stelle in *Kolosser 1,21* diskutierten. Onkel Ernst Berning hatte ihn eingeladen, weil er uns in der Unterhaltung über die Frage, ob einer, der zum Glauben gekommen ist, den Glauben wieder aufgeben und verloren gehen könne, nicht überzeugen konnte.

Wir blieben damals dabei, daß das Wort Gottes die zum Glauben Gekommenen in der Spannung hält, daß einerseits das Heil in Jesus Christus fest und garantiert ist, andererseits aber unsere persönliche Verantwortung, im Glauben zu bleiben, weiter besteht.

Damals erklärte Erich Timmerbeil schon, daß er sich unserer Auffassung nicht anschließen könne und deshalb auch unser örtliches Stündchentreffen am Mittwoch abend in Zukunft meiden würde. – Die Exklusiven blieben bei ihrer Haltung und der Trennung von allem, was sie zu den organisierten Systemen der Gläubigen rechneten. Sie machten auch die Wiedervereinigung mit den Offenen Brüdern, die dann in Berlin vollzogen wurde, nicht mit. So war es ihnen schon deshalb unmöglich, dem BfC beizutreten.

*Ganze Gemeinden blieben außerhalb des BfC* und versuchten, sich trotz des Verbotes für sich zu versammeln. Einige haben dadurch auch Verhaftungen auf sich nehmen müssen, wie z. B. mein Onkel Louis Bastian in Frohnhausen.

Auch in Schwelm blieb ungefähr ein Drittel der Geschwister draußen; die waren anderen [sic] bereit, in der neuen offeneren Haltung mitzugehen. Es gab einige Gemeinden, die voll mitgingen, aber leider gab es in anderen Gemeinden auch bedauerliche Spaltungen. Der Neuanfang wickelte sich sonst im allgemeinen problemlos ab. Die vorgeschlagenen örtlichen Beauftragten wurden von der Bundesleitung bestätigt.

### *Der Neuanfang in Schwelm*

Bei uns in Schwelm gab es aber große Anfangsschwierigkeiten, und zwar lag das an der Person meines Onkels *Ernst Berning*. Ihn sah die Bundesleitung als einen ausgesprochenen Vertreter der exklusiven Richtung an, und zwar als einen führenden Bruder, der in der Christlichen Versammlung seit Jahren auch organisatorische Initiativen ergriffen hatte. – Er hatte z. B. die Einrichtung eines Unterstützungswerkes herbeigeführt, einer Art Sparkasse, die den Versammlungen den Bau von neuen Saalbauten ermöglichen sollte. Dann war er der Vorsitzende des Altenheimes »Friedenshort« in Ronsdorf. Auch die Gründung des Mutterhauses »Persis« ging zum großen Teil auf seine Initiative zurück. Ebenso hatte er auf den Kreis der Reisebrüder einen starken Einfluß. – Aus allen diesen Gründe [sic] wollte man Ernst Berning zunächst aus dem BfC heraushalten.

Das bekam seine praktische Bedeutung für den Neuanfang in Schwelm dadurch, daß von der Versammlung Schwelm sein Sohn *Alfred Berning als Ortsbeauftragter* vorgeschlagen wurde. Er ließ sich als Ortsbeauftragter vorschlagen, obwohl Dr. Hans Becker,

mit dem er persönlich befreundet war, ihn davor gewarnt und ihm gesagt hatte, die Bundesleitung würde ihn wegen seines Vaters ablehnen. Daß die Bundesleitung wirklich entsprechend entscheiden würde, hielt er für unmöglich, weil das ja einen Eingriff in die gewachsenen Rechte der Brüderstunde der Gemeinde bedeutete.

Tatsächlich lehnte ihn die Bundesleitung entschieden ab. Die Brüder in Schwelm, die im BfC mitgehen wollten, stellten sich daraufhin geschlossen hinter ihn, obwohl sie seine Kandidatur innerlich nicht hundertprozentig bejahten. Er führte nämlich gerade in der Zeit der allgemeinen Not durch die große Arbeitslosigkeit den Bau einer repräsentativen Villa aus, und zwar in einer auch für mich provozierenden Weise. Damals habe ich ihn aufgesucht und ihm als Vetter und Freund offen gesagt, wie man im Geschwisterkreis und auch in der Stadt darüber dachte und redete.

Eine Abordnung der Brüder wurde nach Elberfeld geschickt, wo eine Sitzung der Bundesleitung stattfand, um eine Kandidatur von Alfred Berning eindeutig zu vertreten und nach Möglichkeit durchzusetzen. Aber die Bundesleitung blieb fest in ihrem Entschluß, so daß unsere Aktion ergebnislos verlief.

Das brachte natürlich Unruhe unter die Geschwister, die zum Mitgehen bereit waren, so daß sich der Neuanfang bei uns verzögerte.

*Schließlich erklärte ich mich bereit*, mich anstelle von Alfred Berning als Ortsbeauftragten aufstellen zu lassen, weil ich wußte, daß man mich wegen meiner Zugehörigkeit zur Stündchenbewegung und meiner der Bundesleitung bekannten inneren Einstellung sofort akzeptieren würde. So geschah es dann auch, und der Neuanfang vollzog sich dann schnell und reibungslos.

Allerdings war ich gewissenmäßig gebunden, diesen Auftrag später zu revidieren. Das Recht dazu mußten mir die Brüder in Schwelm zugestehen; das war meine Vorbedingung. Denn in diesem Anfang mußte ich gerechterweise doch zumindest einen indirekten Eingriff der Bundesleitung und damit des Staates in die Ortsgemeinde hinein sehen, der wieder zurückgenommen werden mußte.

Am 19. 7. 1937 beschlossen 20 Brüder, die im Haus von Otto Berning sen. zusammenkamen, mich der Bundesleitung als Ortsbeauftragten vorzuschlagen. Schon am 23. 7. 1937 wurde ich als solcher vom Reichsbeauftragten Dr. Hans Becker bestätigt.

[11] Die Behörden am Ort machten auch keinerlei Schwierigkeiten. Die Polizei zeigte sich, als ich ihr nach den Vorschriften der Gestapo die Mitgliederliste überbrachte, großzügig. Die einzelnen Beitrittserklärungen wollte sie nicht einmal sehen. Ich habe deshalb die Geschwister, die nicht unterschreiben und nicht in die Mitgliederliste aufgenommen werden wollten, mit dieser gar nicht erst belästigt. Sie sollten auch so an unseren Zusammenkünften teilnehmen und sich der Versammlung wie früher als zugehörig [sic] betrachten, ohne daß sie persönlich in Beziehung zum BfC treten mußten.

Die erste Sitzung des Bruderrates der Gemeinde, dem außer mir als Ortsbeauftragten die Brüder Otto Rassing, Otto Berning jun., Alfred Röllinghoff und Fritz zur Löwen jun. angehörten, fand am 27. 7. 1937 statt. In ihr wurde beschlossen, daß die Geschwister am 15. 8. 1937 zu einer Aufklärungsversammlung zum ersten Mal wieder in unserem Saal zusammenkommen sollten. Die Polizei hatte den Saal inzwischen wieder freigegeben und geöffnet.

Am übernächsten Sonntag konnte ein Bericht verlesen werden, der die Vereinigung der BfC-Gemeinden mit den »Kirchenfreien Gemeinden«, den »Offenen Brüdern«, bekanntgab. Diese Nachricht wurde mit großer Freude und mit Dank gegen Gott, der damit das Zusammengehen dieser seit dem »Bethesda-Streit« getrennten Brüder geschenkt hatte, aufgenommen.

Den Neuanfang ohne Alfred Berning als Ortsbeauftragten konnte dieser natürlich nicht mitmachen, ebenso sein Vater und mit ihm ungefähr 30 andere Brüder und Schwestern nicht.

Mir ging es aber darum, daß diese Brüder möglichst bald mit hineinkamen. Sehr belastend war es für mich, daß einige Brüder aus unserer Mitte, die mitgegangen waren, eine unnachgiebige Haltung an den Tag legten, als Ernst Berning darum bat, daß er wenigstens zu den Abendversammlungen kommen und dabei sein dürfe, ohne sich zu beteiligen. Das wurde ihm unter dem Einfluß dieser Brüder, die eine »150%ige« Lösung wollten, versagt.

Ich muß sagen, daß mich das alles in eine große innere Not brachte. Auf der einen Seite warf man mir vor, im Sinne der Grundsätze des BfC nicht konsequent zu handeln, und auf der anderen Seite bedrängte man mich, doch die Wünsche der noch Herausgebliebenen durchzusetzen. Ich entsinne mich, daß ich in dieser Not längere Zeit blieb. Geholfen hat mir in einem vertrauten Gespräch über diese Probleme Wilhelm Greb aus Opladen, indem er mir die Stelle aus 1. Korinther 4,5 vorlas:

So verurteilt nichts vor der Zeit, bis der Herr kommt, der auch das Verborgene der Finsternis ans Licht bringen und die Absichten der Herzen offenbaren wird; und dann wird jedem sein Lob werden vor Gott.

Gerade der letzte Satz beeindruckte mich. »Jeder soll sein Lob erhalten« – also auch ich –, der ich damals um die richtige Entscheidung ringen mußte.

In diesem Ringen machte ich nach einigen Monaten den Vorschlag, daß *Otto Rissing* an meiner Stelle Ortsbeauftragter werden solle. Er erklärte sich auch dazu bereit. Ich trat zurück, und die Bundesleitung bestätigte Otto Rissing auf meinen dringenden Wunsch hin als Ortsbeauftragten für Schwelm.

[12] Das Protokoll der Brüderversammlung (früher: Brüderstunde) vom 2. 12. 1937 wurde schon von Otto Rissing als Ortsbeauftragten unterzeichnet. Fritz zur Löwen war der Schriftführer.

Im Protokoll der Brüderversammlung vom 3. 1. 1938 heißt es wörtlich:

»Der Bruderrat – (Einfügung von mir: das nach der Satzung des BfC entscheidende Organ der Gemeinde) – ist nach Ansicht der Brüder das Aushängeschild der Gemeinde.

Innere Angelegenheiten werden, soweit irgend möglich, von der Brüderversammlung beraten. Obgleich es folglich nicht nötig wäre, den Bruderrat zu erweitern, soll die Zahl der Brüder um 2 Brüder erweitert werden; und zwar sollen die Brüder Walter Tesch und Wilhelm Röllinghoff hinzukommen. Bei wichtigen Entscheidungen ruht jetzt die Verantwortung auf mehr Schultern als bisher.«

Man kam mit solchen Beschlüssen auch den noch zögernden ungefähr 30 Geschwistern entgegen und baute ihnen die Brücke, auf der sie den Schritt in den BfC ohne Gesichtverlust wagen konnten. So traten dann diese nunmehr der Schwelmer BfC-Gemeinde bei, an der Spitze Ernst Berning.

In dem gleichen Protokoll vom 3. 1. 1938 heißt es weiter:

»Bruder Karl Knüppel liest einen Brief des Bruders Ernst Berning vor, in welchem Bruder Ernst Berning mitteilt, daß er sich entschlossen habe, in Zukunft die Zusammenkünfte des BfC zu besuchen und, wenn sein Herz ihn dränge, in den Bibelbesprechstunden sich auch zu beteiligen. Er gab auch der Hoffnung Ausdruck, daß es sehr wohl möglich sei für ihn, daß er auch in absehbarer Zeit mit uns zum Tisch des Herrn gehen könne.

Die große Mehrzahl der Brüder begrüßte diesen Entschluß des Bruders Ernst Berning, besonders deshalb, weil damit in die Haltung des Bruders Ernst Berning Klarheit komme, und man gibt Auftrag, in diesem Sinne auch Bruder Ernst Berning zu antworten, daß die Brüder sich freuen, wenn Br. Ernst Berning in die Versammlungen kommt.«

Als Otto Rassing im März 1945 auf dem Weg zu Familie Becker am Wuppermannshof, in deren Haus unsere Sonntagsschule gehalten wurde, bei einem Bombenangriff ums Leben kam, wurde ich auf den einmütigen Beschluß der Brüder hin gebeten, die Stelle als Ortsbeauftragter wieder einzunehmen. Das tat ich dann, weil jetzt ja das Vertrauen der gesamten Brüder hinter mir stand.

[13] *Wie bewältigten wir die Versuchungen, die nach dem Neuanfang im BfC an uns herangetragen wurden?*

Zunächst muß man zugeben, daß die Regierung dem Bemühen von Dr. Hans Becker, das innere Leben der Gemeinde vom Staat unberührt zu lassen, weit entgegenkam. In dem 1. Entwurf der Satzung des BfC heißt es:

Der »Bund freikirchlicher Christen« ist eine Gemeinschaft von Christen, deren Glaube dem reformatorischen Bekenntnis entspricht. Dieser Glaube ist gegründet auf die Offenbarung Gottes in Jesus Christus, sowie auf die Heilige Schrift als die Kundmachung des göttlichen Willens.

Damit war also das Bekenntnis zu Jesus Christus in diesem Entwurf schon eindeutig festgelegt.

In der *Bundesverfassung*, die wohl die endgültige für den »Bund freikirchlicher Christen« – BfC – wurde, heißt es

*in Artikel I:*

Der BfC ist eine Vereinigung christusgläubiger Männer und Frauen, die den Willen haben, nach der Richtschnur der Heiligen Schrift ein christliches Leben zu führen.

*In Artikel II*

ist in 6 Punkten dann der *Zweck des Bundes* angegeben. Diese 6 Punkte entsprechen alle einem normalen geistlichen Leben einer Gemeinde, ebenfalls

*in Artikel IV*

die Voraussetzungen, die für die *Aufnahme eines Mitgliedes* genannt werden.

In der »*Bundes- und Gemeindeordnung*« heißt es zunächst unter

*Punkt 3:* – Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern werden von der Gemeinde entschieden –

*Punkt 4:* – Die Beauftragten haben keinen Einfluß auf Bekenntnis und Lehre –

*Punkt 5:* – Soweit in der Bundesverfassung oder in der Bundes- und Gemeindeordnung nichts Gegenteiliges bestimmt ist, unterliegt die Regelung der örtlichen Belange der Beschlußfassung der einzelnen Gemeinde. –

Daß man sich von seinem Glauben nichts abhandeln lassen wollte und in dieser Hinsicht die Verantwortung für die besonders angefochtene Jugend erkannte, kommt schon in der ersten »*Mitteilung an die Ortsbeauftragten des BfC*« deutlich zum Ausdruck. Unter »*Jugendfrage*« heißt es dort u. a.:

In der stärksten Anfechtung steht gewöhnlich die Jugend, nicht das Alter. Das gilt heute mehr denn je, wo die Ideen des Deutschglaubens streiten gegen den Glauben an Jesus Christus als die einzige Offenbarung Gottes und einzigen Erlöser. Der Jugend muß deshalb der Hauptteil unseres Dienstes gewidmet sein. Bei der Gestaltung der Zusammenkünfte sollte bewußt auf sie Rücksicht genommen werden. Sie muß empfinden, daß wir uns bemühen, sie zu verstehen.

[14] Die Praxis der Organe des Bundes war dann auch entsprechend. Man hielt sich aus dem inneren Leben der Gemeinde heraus und gab nur Anregungen, deren Befolgung oder Nichtbefolgung den einzelnen Gemeinden überlassen blieb.

Nur in *einem* Rundschreiben an die Ortsbeauftragten, und zwar in dem 6. 11, 1937, also ganz im Anfang, fand ich einen Rat in Bezug auf die »politische Haltung der Mitglieder« des BfC. Die Bundesleitung wollte damit offensichtlich solchen Geschwistern eine Hilfe geben, die gewissenmäßige Bedenken hatten, sich in einer Organisation auf Adolf Hitler vereidigen zu lassen, bei der sie sich der aktiven Mitarbeit nicht entziehen konnten. Darin heißt es:

### 1. Politische Haltung der Mitglieder

Mit nicht geringem Erstaunen haben wir vernehmen müssen, daß verschiedentlich Mitglieder der früheren »Christlichen Versammlung« seitens der Geheimen Staatspolizei bei Einreichung der Mitgliederlisten beanstandet wurden, weil sie sich geweigert haben, sich auf den Führer vereidigen zu lassen. Im Regelfall handelt es sich um Brüder, welche als Amtswalter in der NSV tätig waren und in dieser Eigenschaft vereidigt werden mußten. Wir bitten diese Frage einmal zum Gegenstand einer Aussprache gelegentlich einer Zusammenkunft in der Woche zu machen.

Hierbei sind die Geschwister darüber aufzuklären, daß eine solche Eidesverweigerung in keiner Weise zu verantworten ist. Mit der Ableistung dieses Eides tun wir nicht mehr und nicht weniger als der Soldat, der den Fahneneid leistet und der Beamte, der in gleicher Weise auf den Führer vereidigt wird. Wir geben hiermit die Versicherung ab, daß wir nach bestem Wissen und Gewissen bestrebt sein wollen, die uns in unserer Dienststellung obliegenden Pflichten nach Maßgabe der Anordnungen unserer Vorgesetzten gewissenhaft zu erfüllen.

Wir haben keinen Anlaß und keine Berechtigung, uns dieser Eidespflicht zu entziehen, zumal von uns nichts gefordert wird, was wir nicht [sic] in unserer Stellung als Christen aus der Schrift her abzulehnen verpflichtet sind. Weder als Beamte, noch als Amtswalter in der NSDAP und ihren Gliederungen wurden von uns Handlungen gefordert, die wir als Christen gewissenmäßig ablehnen müßten. Aus diesem Grunde haben wir auch die Verpflichtung, jeder da, wo Gott ihn hingestellt hat, als treue Untertanen der Obrigkeit nach Römer 13,1 und Matth. 5,13 unseren Platz als Christen innerhalb der Volksgemeinschaft im Dienste am Vaterland einzunehmen.

Man geht dann allerdings einen Schritt weiter und empfiehlt anschließend mit Nachdruck den Eintritt in die DAF (Deutsche Arbeitsfront):

Dasselbe gilt für die Mitgliedschaft bei der Deutschen Arbeitsfront! Es erfüllt uns mit Erstaunen und Betrübnis, daß es noch Brüder gibt, die sich, gleichgültig ob Betriebsführer, ob Gefolgschaftsmitglieder, noch nicht entschließen konnten, der Deutschen Arbeitsfront beizutreten.

[15] Die DAF wurde nicht zuletzt geschaffen zur Herbeiführung des sozialen Ausgleichs zwischen Betriebsführer und Gefolgschaft. Durch die DAF wird mehr und mehr der Gedanke der schicksalsverbundenen Betriebsgemeinschaft entwickelt, und warum wollen gerade wir Christen uns bei der Verfolgung dieses hohen sozialen Zieles abseits stellen? Volksgenossen, die ihren Beitritt zur DAF verweigern, stellen sich hiermit außerhalb der Volksgemeinschaft oder erwecken wenigstens den Anschein!

Die Brüder mögen sich doch darüber klar sein, daß sie sich und ihre Gemeinde in ein ganz falsches Licht bringen, wenn sie in einer durch nichts zu begründenden Einstellung es ablehnen, sich einer dem Wohle des Volkes dienenden »menschlichen Einrichtung« zu unterwerfen. (1. Petri 2,13).

Dagegen warnt man in verschiedenen Rundschreiben vor einer Mitgliedschaft bei der »*Bekenntnisfront*«. Hierzu heißt es in einem Rundschreiben der Geschäftsführung des BfC an die Ortsbeauftragten vom 20. 10. 1938:

Aus besonderem Anlaß möchten wir bekanntmachen, daß eine Mitgliedschaft bei der Bekenntnisfront seitens unserer Geschwister nicht gebilligt werden kann. Wir wissen, daß in den Kreisen der Bekenntnisfront viele treue Christen stehen, mit denen wir uns jederzeit eins machen können. Es steht aber auch leider fest, daß die Organisation der Bekenntnisfront infolge der politischen Haltung vieler ihrer Führer politisch abgelehnt wird, da sich diese Führer und weite Kreise ihrer Anhänger nicht zu dem heutigen Staate bekennen. so [sic] gerne wir mit den Brüdern der Bekenntnisfront – nicht aber in ihrer Eigenschaft als Mitglied der BK. – in der Missionsarbeit, d. h. auf dem Gebiet der Evangeliumsverkündigung zusammenarbeiten, so eindeutig müssen wir jede Verbindung mit der Organisation der BK. ablehnen. Dies jedenfalls solange, wie die Bekenntnisfront, d. h. deren Führer, nicht dafür Sorge tragen, daß ihr Verhältnis zum Staat in Ordnung kommt.

Aus der gleichen grundsätzlichen Einstellung kann auch eine Mitgliedschaft bei der BK. nicht erfolgen. Die Mitglieder mögen sich prüfen, ob sie es verantworten können, sich – wenn auch nur als passive Mitglieder – der Beurteilung auszusetzen, als unterstützten sie durch ihre Mitgliedschaft die Bestrebungen der BK., soweit diese Bestrebungen die Autorität der Obrigkeit angreifen und den Frieden innerhalb der Volksgemeinschaft stören. Im Interesse der betreffenden Geschwister und der Gemeinden, zu denen sie gehören, bitten wir, dies doch ernstlich vor dem Herrn zu erwägen und entsprechend zu handeln.

Ich entsinne mich, daß uns diese Warnungen überhaupt nicht berührten; denn wir nahmen sie nur als Pflichtübung der Bundesleitung für den Zweck, sich im geistlichen Raum volle Bewegungsfreiheit zu erhalten.

An ein »*Sammlungsverbot*« der NS-Regierung, das mit Rundschreiben vom 7. 7. 1938 an die Ortsbeauftragten weitergegeben wurde, mußten wir uns allerdings halten. Nach diesem Rundschreiben heißt es:

[16] »... daß die Genehmigung zur Sammlung von Geldspenden gelegentlich der Andachts- und Gebetsstunden in unseren Versammlungsräumen nicht erteilt werden kann. Es wird erneut auf den Weg der Erhebung von Mitgliedsbeiträgen verwiesen.«

Dagegen werden im Rundschreiben vom 20. 10. 1938 *Sammlungen für das Winterhilfswerk und für Sudetendeutsche* ausdrücklich empfohlen. Man spricht sogar in diesem Rundschreiben von der

... »schönen Gewohnheit, daß unsere Gemeinden einen angemessenen Beitrag zum Winterhilfswerk beisteuern.

Dasselbe gilt für das Hilfswerk der Sudetendeutschen. Es wäre ein schönes Zeugnis für uns Christen, wenn wir an unserem Teil nach besten Kräften dazu beitragen würden, die Not unserer Volksgenossen lindern zu helfen.

Es bestehen keine Bedenken, daß anlässlich der Zusammenkünfte in den Gemeinden für diesen Zweck gesammelt wird. ... Wir würden uns freuen, wenn die Gemeinden recht reichlich an dem Sudetendeutschen Hilfswerk und an dem WHW teilnehmen würden.«

In einem Rundschreiben vom 4. 7. 1939 des BfC warnt man vor Aktionen zur Einrichtung von *Gemeinschaftsschulen – Bekenntnisschulen*.

»... diese verfolgen den Zweck, beim Staat die Beibehaltung der Bekenntnisschule bzw. die Nichteinführung der Gemeinschaftsschule zu erreichen. Es handelt sich bei diesen Maßnahmen im Regelfall um Eingaben, die von der Bekenntnisfront (Bekenntniskirche) oder dieser nahestehenden Kreisen veranlaßt werden ... Eine Unterstützung dieser Aktionen durch unsere Gemeinden muß unbedingt unterbleiben.«

Es heißt dann weiter wörtlich:

»Wir glauben auch, daß einem einzelnen Volksgenossen nicht das Recht zusteht, sich an solchen Aktionen zu beteiligen. Es liegt allein bei der verantwortlichen Staatsführung, zu entscheiden, ob wir eine Gemeinschaftsschule haben sollen oder nicht. Die Verantwortung hierfür trägt naturgemäß dann ebenso der Staat und nicht die Elternschaft.

Dies gilt insbesondere für die überzeugten Christen, welche sich immer wieder gegenwärtigen müssen, daß die Gemeinde Jesu hier auf Erden keine Rechte, sondern nur Pflichten kennen darf. Wir haben an den Staat keine Forderungen zu stellen, sondern wir sind dankbar, wenn wir nach wie vor ungehindert die Möglichkeit haben, von unserem Glauben an unseren Herrn und Erlöser zu zeugen!

Wir halten es auch aufgrund langjähriger Erfahrungen und eingehender Beschäftigung mit dieser Frage für unerheblich, ob wir eine Gemeinschaftsschule haben oder nicht. An höheren Schulen haben wir schon seit Jahrzehnten die Gemeinschaftsschule; und es haben sich hier aus *diesem* Grunde niemals Schwierigkeiten ergeben.

Der Inhalt des Religionsunterrichts ist auch nicht davon abhängig, ob er im Rahmen einer Gemeinschaftsschule oder [17] einer Konfessionsschule gegeben wird. Er hängt vielmehr allein von der Glaubensstellung des einzelnen Lehrers ab. Ist der Lehrer ungläubig, so wird er an der Konfessionsschule das Wort Gottes, d. h. die Wahrheit von der Gottessohnschaft Christi und seinem Kreuzestod ebenso wenig verkünden wie an der Gemeinschaftsschule; ist der Lehrer ein überzeugter Christ, so kann er den Kindern an der Gemeinschaftsschule genau so wie an der Bekenntnisschule sein Glaubensgut vermitteln; und es ist besser, unsere Kinder erhalten in der Schule gar keinen Religionsunterricht als einen solchen von ungläubigen Lehrern.

Zusammenfassend müssen wir also sagen, daß wir

- a) sowohl aus unserer Stellung als Christen zum Staat
- b) wie auch aus den praktischen Erfahrungen



weder Berechtigung noch Anlaß haben können, uns an dem Kampf gegen die Gemeinschaftsschule zu beteiligen.«

*Verschiedene Anregungen* habe ich als *positiv* empfunden. Sie betrafen im wesentlichen die innere, die geistliche Seite des Verbots. Stark wurde betont, daß wir es aus der Hand Gottes nehmen mußten. Dabei wurde die Stelle aus *Amos 3,6* angeführt:

- Oder wird die Posaune in der Stadt geblasen und das Volk sollte nicht erschrecken?
- Oder geschieht ein Unglück in der Stadt, und der Herr hätte es nicht bewirkt?

und aus Jesaja 45,6+7:

- Ich bin der HERR, und sonst keiner! der ich das Licht bilde und die Finsternis schaffe, den Frieden mache und das Unglück schaffe; ich, der HERR, bin es, der dieses alles wirkt.

Man war der festen Meinung, daß Gott durch das Verbot ernstlich mit den Brüdern geredet habe, um sie über die *Sünde der Exklusivität zur Einsicht und Buße* zu führen, und zwar wegen des abweisenden Verhaltens anderen Kindern Gottes gegenüber, die in organisierten Kreisen mit Namen zusammengefaßt waren. Man nannte sie abfällig:

- Benennungen – – – – Denominationen – – – – Systeme –

Um die Erkenntnis und das Bekenntnis darüber zu fördern, empfahl man, die neue Möglichkeit des Zusammenkommens nicht dazu zu benutzen, gleich wieder mit der Abendmahlsfeier zu beginnen, sondern stattdessen besondere Gebetsstunden zur Beugung unter diese Schuld anzusetzen. Als Text hierfür wurde das Gebet des *Daniel nach Kapitel 9, Verse 3–15* wiederholt gelesen und deutlich gemacht, wie sehr wir gegen das Verbot Jesu gehandelt hatten. Dieses Gebot gab der Herr selbst seinen Jüngern nach *Joh. 13,34*:

- Ein neues Gebot gebe ich euch, daß ihr einander liebt, wie ich euch geliebt habe, auf daß auch ihr einander liebt.

[18] Später in den Briefen des Apostels Paulus wird es dann ja immer wieder betont, vor allen Dingen aber im 1. Johannes-Brief im 4. Kapitel, Verse 7 + 8:

- Geliebte, laßt uns einander lieben, denn die Liebe ist aus Gott, und jeder, der liebt, ist aus Gott geboren und erkennt Gott. Wer nicht liebt, hat Gott nicht erkannt, denn Gott ist Liebe. –

Sehr oft unterhielt man sich in den Betrachtungen auch über das Gebet des Herrn vor seinem Weg nach Golgatha im 17. Kap. des Johannes-Evangeliums, Verse 20–21, da heißt es:

- Aber nicht für diese allein bitte ich, sondern auch für die, welche durch ihr Wort an mich glauben, damit sie alle eins seien, wie du, Vater, in mir und ich in dir, daß auch sie in uns eins seien, damit die Welt glaube, daß du mich gesandt hast. –

Gerade dieses Zeugnis sind wir ja nicht nur der Welt schuldig geblieben, sondern wir haben es durch unsere exclusive Haltung geradezu ins Gegenteil gekehrt, obwohl der junge Darby gerade von dem Anliegen der »Darstellung der Einheit aller Kinder Gottes« ausgegangen war.

Um den Geschwistern der BfC-Gemeinden die Forderung nach *Bejahung des Staates*, auch des NS-Staates, zu erleichtern, wurde die Stelle in Jeremia 29, Verse 4–7 angeführt, vor allen Dingen Vers 7:

– Suchet den Frieden der Stadt, wohin ich euch weggeführt habe, und betet für sie zu dem Herrn; denn in ihrem Frieden werdet ihr Frieden haben. –

Man sah dabei eine gewisse Parallele zwischen der Situation der Weggeführten in einem fremden Land und der sich zu Jesus Christus Bekennenden unter einer NS-Regierung, die sich konsequent vom Antisemitismus leiten ließ.

In SCHWELM handelte man ebenfalls entsprechend. Die Aufklärungs-Versammlung fand am 15. 8. 1937 statt. An den Sonntagen und Abendversammlungen beteten wir miteinander und lasen das Wort mit dem Akzent der vorgenannten Anregungen. Zu den Predigten am Sonntag wurden ebenfalls entsprechende Schriftabschnitte zugrundegelegt.

Erst in dem *Protokoll der Brüderversammlung vom 2. 12. 1937* ist der Beschluß enthalten, daß man am 22. 12. 1937 zum ersten Mal wieder am Tisch des Herrn zusammenkommen wolle. Es heißt wörtlich in diesem Protokoll:

– Den Geschwistern soll am Sonntag nahegelegt werden, doch alle Dinge, welche noch irgendwie der Freimütigkeit, zum Tisch des Herrn zu gehen, entgegenstehen könnten, hinwegzutun, und zwar prüfe ein jeder sich selbst, wie Gottes Wort uns sagt. –

[19] *Rückblickend können wir leider nicht sagen*, daß die Brüdergemeinden im BfC und BefG dem Geist der Zeit gegenüber immun geblieben wären, und daß es bei ihnen keine politische Einwirkung gegeben hätte. Schon der Gedanke, daß sich alle Kinder Gottes zusammenfinden sollten, war politisch mit beeinflusst.

In der Bundesleitung, besonders bei Hans Becker, war schon bald das Ziel erkennbar, nach Möglichkeit die verschiedenen Gruppen von Gläubigen in *einer* Organisation zusammenzuführen. Mit der Wiedervereinigung der Elberfelder und der Offenen Brüder hatte man einen Anfang gemacht. Das sollte weitergehen und auch die übrigen Kreise von Gläubigen einschließen, zuerst die Baptistenbrüder.

Man sagte: Jetzt ist nicht die Zeit des Abstandhaltens und Auseinandergehens, sondern der Vereinigung. So wie die einzelnen Staaten, in denen zu einem großen Teil Deutsche lebten, »heim ins Reich geholt«, d. h. zu einem »großdeutschen Reich« vereinigt wurden, wollte man auch unter den Gläubigen wieder den Bruder suchen, – als Beispiel galt das Wort von Joseph nach 1. Mose 37,16:

– Ich suche meine Brüder ... –

und damit wenigstens die sich ihrer inneren Struktur nach nahestehenden Gemeindekreise zu einer einheitlichen, gemeinsamen Organisation zusammenschließen, nicht zuletzt zum Zeugnis der Welt gegenüber.

Not machte uns aber auch die *Judenfrage* und damit die Frage: *Wie sollten wir es mit dem Alten Testament halten?*

Diese Fragen wurden in dem Maß dringender, wie Hitler seinen Druck in der Richtung der Verfolgung der Juden mehr und mehr verstärkte.

Inzwischen kam auch der *Zusammenschluß mit den Baptisten* zustande zu dem Bund Evangelisch-freikirchlicher Gemeinden.

Dadurch ergab es sich, daß alle Verlautbarungen und Stellungnahmen der Bundesleitung, die das Politische betrafen, nicht nur von den Brüdern des BfC, sondern auch von den baptistischen Brüdern her mit beeinflusst wurden und von ihnen mit verantwortet werden mußten. In dieser Hinsicht saßen wir also in einem Boot.

Man kam einfach nicht an dem Anstoß vorbei, den das Alte Testament für die Lehre des Nationalsozialismus gab.

Schon bei Abraham fing es an. Die Forderung Gottes an ihn, seinen Sohn Isaak zu opfern, – in Verbindung mit der damals im Orient herrschenden Sitte, auch Menschen zu opfern – läßt für die NS-Propaganda den »jüdischen« Gott grausam erscheinen. In Jakob, dem »Überlister«, sah man den geschäftstüchtigen, schachernden Juden vorgebildet, und schließlich in Joseph, der seine Stellung in Ägypten ausübte als einer, der über die ganzen Getreidevorräte verfügte, einen »Erpresser«; denn man sagte, er nutzte seine Stellung aus, um die Menschen ihres ganzen Besitzes einschließlich des Grundbesitzes zugunsten des Pharaos zu berauben. Die blutigen Opfer im Alten Bund wurden selbstverständlich auch abgelehnt und daraus folgernd ergab sich die Polemik gegen das Opfer Jesu Christi am Kreuz als das Lamm Gottes.

[20] Denen, die von der Vorstellung des hochqualifizierten, nordischen Menschen her kamen, lagen Begriffe wie Gnade, Schuld und Vergebung vollkommen fern, vor allem auch die Bezeichnung Jesu als den Hirten und die Menschen als verlorene Schafe, für die er sein Leben ließ. Man empfand solche Begriffe als süßlich und suchte dagegen den mannhaften, starken und heldenhaften Menschen herauszustellen.

Es war einfach nicht vermeidbar, daß das auch auf die Christen abfärbte und sich ebenfalls auf den Verkündigungsdienst auswirkte. Man hatte Hemmungen den entsprechenden alttestamentarischen Schriftstellen gegenüber und scheute, sie in dieser Atmosphäre [sic] hilfreich zu deuten. So wurden weniger Stellen des AT zugrundegelegt, man sprach mehr über das NT.

Dabei wollte die Bundesleitung zusammen mit den Vereinigungsleitungen den Gemeinden Hilfestellung leisten. Zu diesem Zweck sollten besondere Kurse dienen.

In einem Rundschreiben des Bundeshauses vom 11. 2. 42 werden »Hilfskurse für den Dienst am Wort« angeboten. Unterschrieben ist das Rundschreiben von Paul Schmidt und Walter Vogelbusch. Mit Rundschreiben vom 27. 5. 42 erfolgt die Einladung zu einer Woche »Zur Förderung christlicher Erkenntnis«. Als Themen werden angegeben: – Das AT im Licht der neuen Offenbarung – und – Jesus Christus aus Galiläa, der Sohn Gottes in Ewigkeit –. In dieser Einladung ist weiter die Rede von einer »neuen Fragestellung«. Man soll »mancherlei Einwänden gut begegnen können«.

Die Frage ist dabei: was versteht man unter »neuer Offenbarung«? Warum sagt man nicht »im Licht des NT?« Der neuen Offenbarung steht die neue Fragestellung gegenüber. Jedenfalls klingt hier an, daß man den Gemeindeleitern und Ortsbeauftragten, an die die Einladungen gerichtet waren, helfen will, unnötige Anstöße zu vermeiden.

Ich kann mich nicht entsinnen, an diesem Hilfskurs teilgenommen zu haben, habe aber doch noch eine Vorstellung von Gesprächen innerhalb der verschiedenen örtlichen Stündchentreffen und auch der Besprechungen mit Brüdern am Ort über diese Fragen. Dabei bemühte man sich immer wieder, an den Anstößen, die die angeführten Schriftstellen und Begriffe nun einmal gaben, möglichst vorbeizukommen.

Als Hilfe zog man das Schriftwort aus Hebräer 10,5–9 heran und betonte dabei besonders Vers 5:

– Schlachtopfer und Gaben hast du nicht gewollt, ... an Brandopfern und Sühneopfern hast du keinen Gefallen gefunden. –

Von daher meinte man, ganz umdenken zu müssen. Aber zum Verständnis des Werkes von Golgatha, die Sühnung unserer Sünden durch das Blut Jesu am Kreuz, gehören die im Alten Bund von Gott angeordneten Opfer hinzu. Von daher kommt ja auch der Begriff »Lamm Gottes«, der im NT eine so große Rolle spielt und einfach nicht wegzudenken ist.

Es war wohl die Gnade Gottes, die uns daran hinderte, auf diesem [sic] Weg weiterzugehen und schließlich zu einer direkten Verfälschung der Botschaft vom Kreuz zu kommen. Man nahm dann mehr und mehr Abstand von diesen Gedanken und Diskussionen.

[21] Besondere Schwierigkeiten ergaben sich politisch gesehen mit dem Fortschreiten des Krieges, der ja mit der Zeit eine dramatische Entwicklung nahm. Je größer die Anfangserfolge von Hitler wurden, desto mehr steigerte sich der Druck in politischer Hinsicht. Das spiegeln verschiedene Rundschreiben der Bundesleitung und der Vereinigungsleitungen wider. In einem Rundschreiben von August 41 erkennt man die militärischen Erfolge, vor allen Dingen am Anfang des Rußlandfeldzuges, deutlich an.

Aber in dem Bericht der Vereinigungsleitung für das Konferenzjahr 41/42 heißt es im 1. Absatz:

– Es war ein schweres Jahr. Hart waren die Kämpfe, die unsere Truppen einem unmenschlichen Gegner gegenüber zu bestehen hatten. Hart waren die Kämpfe, weil sie ausgefochten wurden in Schnee, Eis und Kälte, wie sie seit 150 Jahren nicht mehr vorgekommen sind. Wenn dennoch die Front gehalten wurde, dann haben wir das nächst Gott der genialen Führung unserer Heeresleitung und der Tapferkeit unserer Soldaten zu danken.

Und die Heimat hat sich der Front würdig erwiesen. Überall hat sie Leistungen vollbracht, die man bei unseren Gegnern vergeblich sucht. Wir sehen hinter allem die führende Hand Gottes, die uns bis heute Sieg auf Sieg gegeben hat, und sind der gewissen Zuversicht, daß sie alles ein solches Ende nehmen lassen wird, wie es dem Willen und dem Heilsplan unseres Gottes und unseres Herrn Jesu mit seiner Gemeinde und der Völkerwelt entspricht.

Mit tiefer Bewegung und innigstem Dank gedenken wir an dieser Stelle der gefallenen Söhne unseres Volkes, die in dem blutigen Ringen ihr Leben und ihre Gesundheit für uns geopfert haben. –

Positiver konnte man seine Anteilnahme an dem militärischen Geschehen kaum ausdrücken.

Im gleichen Rundschreiben wird jedoch auch ein eindeutiges Bekenntnis zu Jesus Christus in 6 Grundsätzen abgelegt, die ich ebenfalls wörtlich bringen möchte, weil man dahinter auch Befürchtungen erkennt, daß der Haß der Regierung gegen die Juden sich auf die Christen ausdehnen könnte, die sich aus Gewissensgründen dem Judenhaß nicht anschlossen. Man sprach in der weiteren Entwicklung von »Juden und Judengenossen« und meinte damit die Christen.

Mein Freund Wilhelm Röllinghoff aus SCHWELM erzählte, daß er in Köln beim Verteilen von Traktaten, es können auch Einladungen zu Zusammenkünften gewesen sein, direktem Haß auf Christen begegnet ist. Er wurde mit der Beschimpfung »Judengenosse« geradezu aus dem Haus hinausgeworfen.

Man nennt die 6 Punkte »Kundgebung der Bundesleitung und der Vereinigungsleiter am 17. 3. 1942 im Bundeshaus Berlin« und sie lauten:

– Im Bewußtsein unserer Verpflichtung gegen den Herrn Jesus Christus und im Blick auf das Zeitgeschehen sind sich die anwesenden Brüder in folgenden unabdingbaren Grundsätzen einig:

[22] –1– Unsere Stellung zur ganzen Heiligen Schrift ist nach wie vor ungebrochen. Wir werden nie bereit sein, einen Teil der Schrift abzugeben. (Gemeint ist wohl »aufzugeben«).

- 2- Wir bekennen uns, wie immer sich auch die Organisationen wandeln, zur Gemeinschaft untereinander gemäß Apostelgeschichte 2,42.
- 3- Wir bekennen uns zu dem Missionsauftrag unseres Herrn und sind bereit, zu seiner Erfüllung jedes Opfer zu bringen.
- 4- Wir bleiben auf dem Boden der Beschlüsse der Bundesversammlung von 1941 in Bezug auf den Zusammenschluß zwischen Baptisten und BfC und bleiben offen für die Weisungen unseres Herrn für weitere bruderschaftliche Zusammenschlüsse.
- 5- Sollte uns ein schweres Leid um Jesu willen treffen, mit dem die Gemeinde nach der Schrift zu allen Zeiten zu rechnen hat, haben wir die Zuversicht zu Gott, daß er uns die Kraft gibt, dieses Leid tapfer und furchtlos zu tragen.
- 6- Unserer Volksgemeinschaft und unserem Staat wissen wir uns in der Bereitschaft zur Mitarbeit und zum Opfer fest verbunden.

In den »Vertraulichen Mitteilungen für unsere Gemeinden Nr. 2 vom Juli 1942« wird von dem »Dienst für den Osten« gesprochen und mitgeteilt, daß das Reichsministerium OST Hilfssendungen für die Baptistengemeinden in der Ukraine vermittelt.

– ... Mit Ergriffenheit lesen wir immer wieder in den einzelnen Berichten, wie in den vergangenen Verfolgungsjahren die Christen alle Not auf sich genommen haben, wie viele um ihres Glaubens willen in die Verbannung und in den Gewalttod gegangen sind, daß aber durch alle diese Maßnahmen die Gemeinde Jesu nicht überwältigt worden ist.

Der Dank gegen den Führer und gegen die deutsche Wehrmacht kommen sehr oft in ergreifender Weise zum Ausdruck. Jedenfalls hat sich das Eine ganz stark erneut erwiesen, daß die Pforten der Hölle die Gemeinde Jesu nicht überwältigen können! Der Segen dieser gewaltigen Erfahrung wird sich gewiß noch über die Länder Europas ausbreiten zum Heil der Völker. Die Sendung des neutestamentlichen Gemeindetums ist nicht beendet. Wenn nicht alles täuscht, dann steht ein neuer großer Abschnitt der Lebensgeschichte der Gemeinde Jesu Christi vor uns. Der Kraftbeweis des letzten Vierteljahrhunderts ist so gewaltig, daß er durch nichts übertönt oder zur Seite geschoben werden kann.

Wir danken allen Gemeinden und allen einzelnen Geschwistern sehr herzlich für ihre Liebe und Opfer für den weiten Osten und bitten besonders dringend um Erhaltung dieser Liebe und um unentwegte, anhaltende und starke Fürbitte! Alles Große kann nur unter Opfern und Lebenshingabe vieler werden und bestehen. –

Unter dem Stichwort »Gemeinden in Europa« heißt es weiter:

– »Wie einst vor 100 Jahren der neutestamentliche Gemeindegedanke von Deutschland aus seinen Weg durch den europäischen Kontinent antrat, so wird er jetzt wieder von Deutschland aus neu vertieft und mit Opfern neu dargestellt werden müssen ... Die Gemeinden in Böhmen-Mähren beginnen, zu uns herüberzuschauen und sind dabei, sich in die neuen Gegebenheiten hineinzufinden.«

In diesem Zusammenhang werden Rumänien und Südosteuropa mit erwähnt.

[23] In verschiedenen Rundschreiben der Vereinigung Westfalen an die Gemeinden erkennt man deutlich das Ringen um eine Haltung, die nach beiden Seiten hin ausgewogen sein möchte.

Das Ganze muß man auch auf dem Hintergrund des *Kampfes der Bekenntniskirche sehen*.

Man wußte sich diesen Brüdern, die so tapfer nach außen hin bekannten und auch der Regierung gegenüber offene Worte der Kritik gebrauchten, von Herzen verbunden. Andererseits aber war man froh, daß die Organisation des Bundes vom Staat unabhängig blieb. Man war eben keine Volkskirche, für die der Staat Kirchensteuer einzog, und bot so dem Staat keine direkten Eingriffsmöglichkeiten. Man hielt sich an die Verpflichtung nach Römer 13 und 1. Petrus 3 – dem Gebot der Unterordnung und des Betens für die Obrigkeit. Zu Zeiten der Apostel war diese Obrigkeit den Christen ja so feindlich gesonnen, daß man sie zu Märtyrern machte.

Eine Verpflichtung zu einem Wächteramt, wie die Bekennende Kirche es sah, erkannte man nicht. Die Bekennende Kirche deutete sicher auch das Wort Hesekiel 3,17 auf die von ihr wahrgenommene Verantwortung dem Staat gegenüber. Dort heißt es:

– Ich habe dich dem Haus Israel zum Wächter gesetzt; und du sollst das Wort aus meinem Mund hören und sie von meiner wegen warnen. –

Es wurde viel hierüber diskutiert. Man wollte in der Öffentlichkeit zeigen, daß man sich bewußt auf das Bekenntnis zu Jesus Christus beschränkte, um die Botschaft von seinem Heil weitergeben zu können. In diesem Zusammenhang konnte es auch schon einmal kritische Äußerungen über die Bekenntniskirche geben.

Allerdings sympathisierte man in keiner Weise mit den sogenannten »*Deutschen Christen*«. In SCHWELM hatten sie ja auch Boden gewonnen und in Pastor Joost einen ihren Gedanken und Bestrebungen verpflichteten Pfarrer gefunden.

Leider fanden die Deutschen Christen, denen der Zutritt zur Christuskirche verwehrt werden sollte, doch Eingang dadurch, daß sie sich den Schlüssel zur Kirche unrechtmäßig beschafften. Wir bedauern heute noch, daß die Schwiegertochter eines unserer Brüder dabei mitgewirkt hat.

Mit den Pfarrern der Bekenntniskirche hatten wir in SCHWELM ein wirkliches brüderliches Verhältnis. Als unser Saalgebäude am 13.3.1945 durch eine Luftmine erheblich beschädigt wurde, stellte uns die evangelische Kirchengemeinde bereitwillig ihren Saal im Kinderheim und den Konfirmandensaal in der Hauptstraße für unsere Zusammenkünfte zur Verfügung. Das gleiche taten wir dann nach Ausbombung beider evangelischer Kirchen unsererseits. Als unser Saalgebäude einigermaßen wieder instandgesetzt war, fanden in unserem Saal Großveranstaltungen mit Martin Niemöller und Gustav Heinemann sowie Altenfeiern der Kirche statt.

In der *Öffentlichkeit* gab es auch Äußerungen von Anpassung, die direkt peinlich wirkten. So wurde z. B. auf einer Konferenz gebetet: »... für unseren Führer, den wir ja alle so lieben.« In einer Todesanzeige für einen gefallenen Sohn wurde auch von »stolzer Trauer« gesprochen. Sehr geärgert haben wir uns über das Glückwunsch- und Ergebnistelegramm, das von der Bundesleitung nach dem 20.7.44 an Hitler geschickt wurde.

[24] Uns allen lag es am Herzen, das Bekenntnis zu unserem Heiland und Herrn Jesus Christus auf keinen Fall preiszugeben. Um die innere Freiheit zu diesem Bekenntnis zu behalten, bemühte man sich aber auch, dem Staat zu geben, was des Staates ist.

Ich persönlich habe mich so verhalten, und zwar auch in unserem Ladengeschäft. Am 1. Mai hatten wir in jedem Schaufenster ein Hakenkreuzfähnchen, aber andererseits habe ich einem Parteifunktionär gesagt, der zu uns ins Geschäft kam und von mir verlangte,

daß ich ein Plakat aushängen lasse, das den Haß gegen die Juden propagierte, daß ich das aus Glaubensgründen nicht könne und nicht tun würde. Mir wäre nach der Heiligen Schrift Haß gegen Menschen grundsätzlich untersagt. Dabei führte ich die Stelle aus 1. Joh. 3,15 an:

– Jeder, der seinen Bruder haßt, ist ein Menschenmörder, und ihr wißt, daß kein Menschenmörder ewiges Leben bleibend in sich hat. –

Der betreffende Herr wohnte im gleichen Haus wie mein Schwager Karl Knüppel und ging aufgeregt zu ihm hin und fragte ihn, was er nun in diesem Fall tun solle. Wenn er das der Parteileitung melden würde, bestünde die Gefahr, daß ich ins Konzentrationslager käme. Auf das Zureden meines Schwagers hin hat er dann darüber geschwiegen und mich nicht denunziert.

In meiner Familie handelte ich ähnlich. Unseren Kindern, die einfach von der Schule aus in die HJ (Hitler-Jugend) mußten, haben wir gesagt, sie sollten in der Woche treu ihren dort verlangten Dienst tun, es ging ja meist um Sport, aber am Sonntag dürften sie an keiner Veranstaltung der HJ teilnehmen. Darauf bestanden wir dann auch.

Aus einer Eintragung im Protokollbuch der Brüderstunde geht hervor, daß auch auf die Spendenaufrufe der NS-Organisationen positiv reagiert wurde. Man gab monatlich für das Winterhilfswerk und beschloß eine Spende von RM 225,— »zur Linderung der Not im Sudetenland«. – Natürlich vergaß man dabei die eigenen Brüder nicht und bewilligte Beträge für »Liebesgaben für Soldaten und Arbeitsdienstler.«

Alles Handeln war eben von dem Gesichtspunkt bestimmt, daß man, – wenn es darauf ankam – nicht durch falsches Verhalten Anstoß gab und sich damit die Möglichkeit zum entschiedenen Bekenntnis zu Jesus Christus offen hielt. In diesem Bemühen gingen einige Brüder nach dem Verbot sogar soweit, Anwärter zum Eintritt in die NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) zu werden, und zum Teil auch Parteimitglieder.

Anderes tat auch die Bundesleitung sicher nur notgedrungen, z. B. die Weitergabe einer Anordnung des »Reichssicherheitshauptamtes« in einem Rundschreiben an die Vereinigungen vom 26. 2. 1944:

»Das Reichssicherheitshauptamt hat angeordnet, daß die geistliche Betreuung von Ostarbeitern durch deutsche Menschen nicht erfolgen dürfe. Es ist nicht gestattet, daß von uns aus Literatur an die Ostarbeiter gegeben wird, daß persönliche Seelsorge unter ihnen durch deutsche Menschen geübt wird und daß sie an unseren deutschen gottesdienstlichen Versammlungen teilnehmen. Ich bitte freundlichst, diese Anordnung möglichst schnell allen Gemeindeleitern im Vereinigungsgebiet zur Kenntnis zu bringen.«

[25] Im ganzen gesehen muß man zugeben:

Wenn schon die Brüder der Bekenntniskirche, die im Kirchenkampf freimütig bekannt und tapfer widerstanden haben, nach dem Zusammenbruch des Nazi-Systems dem Sinn nach erklärten, daß sie noch offener hätten bekennen und noch entschiedener hätten Widerstand leisten müssen, dann gilt das für uns im BfC und später im BefG in weit höherem Maß.

Nach meinem Empfinden hätten in der Leitung des Bundes sofort nach dem Krieg personelle Veränderungen eintreten müssen. Mit Hans Becker sprach ich wiederholt darüber. Er antwortete mir dann jedesmal, daß seine Brüder, die während des Dritten Reiches neben ihm Verantwortung im BefG trugen, eindeutig gegen einen Rücktritt seinerseits wären und ihn bedrängten, auf seinem Posten durchzuhalten. In der Öffentlichkeit erklärte man, daß im Gemeindebereich keine Entnazifizierung in Frage käme.

Erst im Protokoll der Brüderstunde in SCHWELM vom 3. 7. 1946 heißt es:

»Da inzwischen in Velbert die Bundesleitung zurückgetreten und neu gebildet worden ist, und da ferner durch die Erklärung von Bruder Dr. Becker die bekannten negativen Auswirkungen des 30. Mai 1937 nunmehr auch nach der Auffassung von Bruder Ernst Berning nun ausgelöscht sind, möchten die Brüder gern zu einem gewissen Abschluß der Erörterungen über die Organisationsfragen kommen, zumal durch die neuen Vorschläge, die durch die Bundesleitung bestätigt wurden, eine neue Situation geschaffen ist. Es wird deshalb über die Frage abgestimmt, ob die Brüder lieber beim Bund bleiben oder austreten möchten.

4 Brüder sprechen sich für den Austritt aus,  
9 Brüder möchten beim Bund bleiben.

Bruder Ernst Berning möchte, daß wir jetzt die Auswirkung der Neuregelung abwarten und die Erörterung zurückstellen, bis die Geschwister auch in der russ. besetzten Zone befragt werden können und eine gründliche Umgestaltung der Organisation des Bundes möglich ist. Man kommt schließlich zu dem Ergebnis, daß wir gemäß diesem Vorschlag handeln und damit das Thema vorläufig abschließen wollen.«

Dieser Beschluß hatte dann auch Konsequenzen. Am 31. 7. 1946 heißt es im Protokoll:

»An den Bund soll in Zukunft wieder regelmäßig der damals festgelegte Anteil von 35 % von Kasse I überwiesen werden.«

Vorher wurde die Frage des Bundesbeitrages immer wieder zurückgestellt.

Die anhaltende Kritik in der Schwelmer Versammlung dem BefG gegenüber richtete sich, wie in Bezug auf die allgemeine Reaktion dem Verbot gegenüber bereits oben erwähnt, nicht gegen die Auflagen der Gestapo, sondern vielmehr gegen die Organisation des Bundes und die damit gegebene enge Verbindung mit den Baptisten durch den 1942 erfolgten Zusammenschluß. Man fühlte sich zudem über die Organisation des Bundes auch mit den zum Bund gehörigen Elims-Gemeinden verbunden und für sie mitverantwortlich, ebenso für das, was im Weltbund der Baptisten vertreten und praktiziert wurde.

[26] Das geht auch eindeutig aus der Schrift hervor, die von 16 Brüdern kurz nach dem Beginn der Freien Brüdergruppe, vermutlich Anfang 1950, unter dem Titel

»Wir antworten unseren Brüdern«

an die Versammlungen des früheren BfC versandt wurden. Sie wurde wohl im wesentlichen von Hugo Hartnack verfaßt und von den ersten 16 Vertrauensbrüdern unterzeichnet, unter ihnen alphabetisch an der Spitze Ernst Berning. Er wurde aber in dieser Gruppe wegen seines fortgeschrittenen Alters (über 80 Jahre) nicht mehr aktiv. Gewissermaßen als »Statthalter« für ihn trat bald mein Schwager Karl Knüppel an seine Stelle.

In dieser Schrift von 10 Seiten wird nur eine knappe Seite den politischen Folgen in Bezug auf das Verbot gewidmet, alles andere bezieht sich auf die oben angegebenen Gründe betreffs des Zusammengehens mit den Baptisten und der Organisation. Es heißt dort wörtlich unter der 1. Frage, die beantwortet werden soll:

»Warum sind wir 1937 in den Bund freikirchlicher Christen (BfC) eingetreten?«

Antwort:

– Niemand unter uns hat vor dem Verbot der »Christlichen Versammlung« nach der Gründung eines solchen Bundes getrachtet. Als der BfC errichtet wurde, bildete er für



uns die einzige Möglichkeit, die von der gottfeindlichen Regierung beschlagnahmten Versammlungssäle, Bibeln und Kassen für das Werk des Herrn wieder freizubekommen. Da die Regierung uns ferner jede Versammlungsmöglichkeit (auch in unseren Häusern!) verboten hatte, bedeutete der Beitritt zum BfC für uns die Freiheit, uns wieder in der gewohnten Weise im Namen Jesu zu versammeln [sic].

Die Forderungen des Staates berührten nicht das Innerliche, sondern beschränkten sich auf das Äußerliche. Es mußte nach außen hin ein Name für unseren Kreis in Erscheinung treten; es mußten ferner verantwortliche Männer der Staatspolizei gemeldet werden, die nach einer Art von Vereinsatzung Mitgliederlisten führen und vorlegen mußten. Wir haben diese Dinge mehr oder weniger schweren Herzens als ein notwendiges Übel in Kauf genommen, zumal wir auf Grund von Röm. 13 und anderen Schriftstellen glaubten, es mit gutem Gewissen tun zu können.

Mancher unter uns hätte am liebsten für sich persönlich auf den Beitritt zum BfC verzichtet, hat sich aber dann doch aus Liebe zu den Geschwistern und aus Sorge für sie zum Eintritt in den BfC entschlossen. Für sich allein hätte der eine oder andere vielleicht auf Zusammenkünfte gewohnter Art verzichten können, aber es ging nicht um einzelne, sondern um das Ganze. Durch Beitritt zum BfC blieb die Möglichkeit erhalten, fortzufahren, im gemeinsamen Brotbrechen, in der Wortverkündigung, in den Gebetsstunden, im Sonntagschuldienst, in der Jugendarbeit und in der Evangelisation. Diese Gründe waren für uns ausschlaggebend. –

Die gewissenmäßige Beunruhigung, die von daher kam, führte schließlich bei uns in SCHWELM am 11. 9. 1950 zum Austritt aus dem BefG.

[27] Einzelne Geschwister, wie z. B. Paul Timmerbeil, der mit innerer Not verhältnismäßig lange bei uns ausgehalten hatte, wurden schon vorher zum Austritt aus der Schwelmer Gemeinde veranlaßt, allerdings [sic] auch mit durch die Unruhe, die durch die Diskussion über die MRA (Moralische Aufrüstung) in die Gemeinde kam.

Nach dem Zusammenbruch haben wir als Schwelmer Gemeinde im BefG ernsthafte Versuche unternommen, um unser Verhältnis zu den außerhalb des Bundes gebliebenen Geschwistern zu klären und die durch das Verbot entstandene Trennung zu überwinden.

Zunächst wurden Bruder Rudolf Geitz und ich von der Brüderstunde beauftragt, ein Gespräch mit zwei Brüdern dieses exklusiv gebliebenen Kreises zu führen, in dem wir die persönliche Verstimmung unter den beiden Gruppen ausräumen sollten, die durch die harten Diskussionen über die verschiedenartige Reaktion auf das Verbot entstanden war.

Unsere Gesprächspartner waren die Brüder Fritz Bühne und Erich Timmerbeil. Sie baten wir um Verzeihung wegen der Schuld in dieser Hinsicht auf unserer Seite. Darauf reagierten sie brüderlich mit dem Eingeständnis der gleichen Schuld auf ihrer Seite. Das sich anschließende Gespräch bezog sich überhaupt nicht auf die Frage der Stellung zum NS-Staat, sondern einzig und allein auf unsere offene Allianz-Haltung, womit wir nach ihrer Auffassung »den Boden der Wahrheit« verlassen hätten. Es stellte sich bald heraus, daß eine solche Unterhaltung kein positives Ergebnis haben konnte. Wir durften nun aber das persönliche Verhältnis zueinander als wieder geordnet ansehen.

Anscheinend hatten auch die Bemühungen der exklusiven Brüder im Ausland in dieser Hinsicht auf ihre Brüder in Deutschland kaum belastend gewirkt. Ganz im Anfang nach der Gründung des BfC hatte es nämlich eine von den ausländischen Brüdern herbeigeführte Auseinandersetzung über die Frage der möglichen Einwirkung des Staates über die Organisation des BfC in das innere Leben der Versammlungen gegeben. Zwei Gespräche darüber wurden am 3. 9. und am 11. 12. 1937 mit Brüdern der Bundesleitung geführt.

Anschließend gab es auch einen Schriftwechsel, den die Bundesleitung in zwei Heften mit dem Titel »Ein Briefwechsel« und »Ein Briefwechsel 2. Teil« veröffentlichte. Auch darin spielt die Wiedervereinigung mit den »Offenen Brüdern« entschieden die größere Rolle, und der Vorwurf, daß die deutschen Gemeinden im BfC »den Boden der Wahrheit« verlassen hätten.

Am 20. 10. 1945 machten wir mit einem dreiseitigen Schreiben, das wir an die exklusiven Brüder in SCHWELM richteten, nochmals einen Versuch, zu einem Gespräch mit ihnen zu kommen mit dem Ziel, festzustellen, ob es nicht doch eine Möglichkeit gäbe, wieder zusammenzugehen und damit eine Trennung auf Dauer am Ort zu vermeiden. Dieser Brief wurde von folgenden Brüdern unterzeichnet:

Ernst Berning	Karl Knüppel
Alfred Röllinghoff	Wilhelm Willi
W. Röllinghoff	Adolf Otte
Rud. Geitz	Otto Berning jr.
E. Müller	Reinhold Röllinghoff
E. Vierkötter	Otto Bastian
Otto Berning	Ewald Frank

[28] In diesem Brief wird festgestellt, daß der BefG ohne jede Einwirkung der NS-Regierung zustande gekommen sei und daß wir ihm als Gemeinde angehören und nicht wie bei dem BfC als Einzelmitglieder. Damit wäre ein Anstoß für sie, der damals durch die NS-Regierung in den BfC hineingekommen sei, beseitigt. Nur in diesem Sinn wird in dem Schreiben von nun fortgefallenen »behördlichen Hemmungen« gesprochen. Der übrige Inhalt bezieht sich allein auf die Frage der Einheit der Kinder Gottes und des gemeinsamen Zeugnisses vor der Welt in unserer Stadt. Darüber hinaus wird das Verhältnis zum Staat überhaupt nicht angesprochen.

Eine Erklärung, die dem von Bischof Theophil Wurm, Stuttgart, in der evangelischen Kirche veranlaßten Bekenntnis entspräche, oder wenigstens nahekäme, habe ich in den Verlautbarungen der Bundesleitung nach dem Zusammenbruch vergeblich gesucht.

Am 2. April 1947 gibt das Bundeshaus einen Aufruf der »Vereinigung Evangelischer Freikirchen in Deutschland« an die Gemeinden weiter. Darin heißt es, nachdem die Nachkriegsnot unseres Volkes in bewegten Worten geschildert worden ist, u. a.:

»Laßt uns Gott bitten, daß allem Bösen zum Trotz Gottes guter, heiliger Wille an uns geschehe. Laßt uns bitten um einen baldigen, gerechten Frieden für Deutschland ohne Haß und Gewalt.

Laßt uns beten, daß Gott unserem Volke eine innere Erneuerung durch sein Wort und seinen Geist und eine Errettung aus den Tiefen seiner äußeren Not schenke.«

Aus einer Mitteilung in einer Anlage zur Bundespost 2/46, die der Verband der Diakonissen-Mutterhäuser im BefG in Deutschland an die Bundesgemeinden richtet, spricht ein gewisser Stolz, den man Diakonissen allerdings zugestehen kann, wenn man diese Worte allein auf ihren Dienst voller Verzicht bezieht, im Gegensatz zu den damals sog. »Braunen Schwestern«:

»Während eine Welt jener Ideologien zerbricht, die unsere Diakonissen durch einen anderen Schwesterntyp ersetzen wollten, steht das ganze Diakonissentum in seinem ursprünglichen Stiftungscharakter wie ein Fels in der Brandung aufrecht da, innerlich und äußerlich gerechtfertigt.«

*Andere Töne sprechen aus einer Rede von Bruder H. Rockel vom 30. Juli 1947 auf dem 7. Weltkongreß der Baptist World Alliance in der Sonderkonferenz der Jugendarbeiter. Bruder Rockel sagte u. a.:*

»Ich spreche als Vertreter unserer Jugend in allen vier Besatzungszonen, der amerikanischen, der britischen, der französischen, der russischen Zone. Und indem ich das sage, steht auch in dieser großen Jugendversammlung »die deutsche Frage« vor uns, die heute im Mittelpunkt aller großen Konferenzen steht.

...

Ich empfinde es aber in dieser Stunde auch wieder mit tiefem Schmerz, daß wir Deutschen es waren, die den Anstoß gegeben haben zu dem furchtbaren Sturz in die Not, in die fast ganz Europa mit uns gekommen ist.

[28] ...

Gott hat uns einen neuen Anfang geschenkt. Das ist das Hoffnungsvollste, was von der Deutschen Jugend, ja was von Deutschland überhaupt gesagt werden kann. Wie ist das geschehen?

Wir mußten kapitulieren  
und wir haben kapituliert vor Gott.

Wir sahen in unserem Zusammenbruch Gottes Gericht  
und wir fanden Gnade vor Gott.

Unsere Not ist groß, aber über unserem neuen Anfang  
leuchtet Gottes Verheißung.

...

Als baptistische Jugend haben wir uns gefragt, worin unsere besondere Schuld lag. Ich habe es vor unserer Jugend gesagt und ich wiederhole es hier:

Wir haben das Erbe unserer alten Täufergemeinden gering geachtet. Freiheit des Gewissens, Kampf für die Wahrheit bis zum Märtyrertod –

Glaube an die sieghafte Kraft des Heiligen Geistes bis zur Ablehnung jeder Gewaltanwendung –

heilige Bruderschaft, Liebe zu allen Menschen –

das war das lodernde Feuer des Glaubens in den Täufergemeinden. Wir haben dieses Feuer verlöschen lassen. Das ist unsere Schuld. Aber Gott hat uns einen neuen Anfang geschenkt.

In ähnlicher Weise müßte unsere Generation in den Brüdergemeinden über ihr damaliges Verhalten, oder besser Versagen, heute urteilen; heute im zeitlichen und inneren Abstand von den damaligen dramatischen Ereignissen.

Wir hätten existentieller glauben und vertrauen müssen und hätten dann auch eindeutiger bekennen und konsequenter entscheiden und handeln können. Auch wir »fanden Gnade vor Gott.« Vor allem dürfen wir sie sehen in dem Umlernen von der exklusiven zu einer offeneren Haltung gegenüber Kindern Gottes anderer Gemeindeprägungen und Lehrauffassungen.

Wir wollen dankbar dafür sein, daß uns, – denen, die während der Verbotszeit ihr Gemeindeleben im Rahmen des BfC und BefG führten, trotz einer gewissen Aufspaltung in Bundesgemeinden und Freie Brüdergemeinden eins auf jeden Fall geblieben ist:

Die gegenseitige Anerkennung als Brüder und Schwestern, denen man die Gemeinschaft am Mahl des Herrn nicht verweigern darf.

-----